**Absender
Fraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Bergisch
Gladbach**

Drucksachen-Nr.

0016/2013

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Bergisch Gladbach**

**zur Sitzung:
Infrastrukturausschuss am 06.02.2013**

Tagesordnungspunkt A 9.2.

**Antrag der Fraktions Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.2011 zur
Überprüfung von Einsparpotenzialen über Einspar-Contracting**

Inhalt:

Der Antrag wurde bisher in Absprache mit der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN nicht behandelt.

Nunmehr ist allerdings eine Situation eingetreten, die es sinnvoll macht sich mit dem Antrag näher auseinanderzusetzen.

In den letzten zwei Jahren hat die LED-Technik eine so rasante Entwicklung genommen, dass auch Privathaushalte diese Technik finanzieren und anwenden können.

Da die Stadt aufgrund ihrer vielfältigen Gebäude einen erheblichen Beleuchtungsbedarf hat, ist es nunmehr auch sinnvoll, sich der Angelegenheit intensiver zu widmen.

Im Grunde geht es um eine Umstellung der Beleuchtung in städtischen Gebäuden stadtweit. Es ist eine nicht zu unterschätzende große, aber auch wichtige Aufgabe, da durch die Beleuchtung in den Gebäuden erhebliche Aufwendungen entstehen, die mit hoher

Wahrscheinlichkeit ebenso erheblich gesenkt werden können. Zusätzlich bedeuten Energieeinsparungen von bis zu 85 % einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

Die Verwaltung hat deshalb bereits reagiert und innerhalb des Immobilienbetriebes, unterstützt durch den Energiebeauftragten, im Januar 2013 eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Abteilungen Hochbau, Gebäudewirtschaft und Umwelt (Energiebeauftragter im Fachbereich 7) gebildet, die sich mit der Umstellung der Beleuchtung in städtischen Gebäuden beschäftigen wird.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Arbeit der Arbeitsgruppe und ihren Sachstand von Zeit zu Zeit im Infrastrukturausschuss darzustellen. Es ist damit zu rechnen, dass Grundlagen für eine Ausschussvorlage in der ersten Hälfte des Jahres 2013 erarbeitet werden und dem Ausschuss vorgestellt werden können.

Die Verwaltung geht davon aus, dass mit dieser Vorgehensweise der Intention des Antrages von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN getroffen und dem Antrag damit Folge geleistet ist.